

N I E D E R S C H R I F T

über die 21. Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses der Stadt Gummersbach vom 29.03.2017 im Fachausschusssitzungssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Stadtverordneter Jörg Jansen

Mitglieder

1.stellv. Vorsitzender Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Uwe Oettershagen

Vertretung für Herrn Jakob Löwen

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Sachkundiger Bürger Norbert Luhnau

Vertretung für Herrn Jan Simons

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Sachkundige Bürgerin Christine Stamm

2. stv. Bürgermeisterin Helga Auerswald

Stadtverordneter Uwe Schieder

Stadtverordnete Silvia Weiss

Stadtverordneter Stefan Brauweiler

Vertretung für Herrn Haydar Tokmak

Stadtverordnete Elke Wilke

Sachkundiger Bürger Andreas Dißmann

Vertretung für Herrn Konrad Gerards

Stadtverordneter Reinhard Birker

Sachkundiger Einwohner Rudolf Maat

Verwaltung

Techn. Beig. Jürgen Hefner

VA. Arndt Reichold

VA. Susanne Kaltenbach

VA. Uwe Winheller

VA. Rolf Backhaus

StA Alexandra Rüger

Gäste: ein Mitarbeiter der Presse (bis 19.28 Uhr)

Entschuldigt:

Mitglieder

2. stellv. Vorsitzender Jakob Löwen

Stadtverordneter Jan Simons

Stadtverordneter Bajrus Saliu

Sachkundiger Bürger Haydar Tokmak

Stadtverordneter Konrad Gerards

Die Niederschrift führt: Alexandra Rüger

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsunterbrechung:

Sitzungsende: 19:46 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Vorlage zum TOP Nr. 15 als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder und die Verwaltung verteilt.

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Aufhebung der 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 "Bernberg"
Aufstellungsbeschluss und Beschluss des Planungsziels
Vorlage: 03193/2017
- TOP 3 Aufhebung der 17. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 "Bernberg"
Aufstellungsbeschluss und Beschluss des Planungsziels
Vorlage: 03192/2017
- TOP 4 Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 und 1a "Art und Maß der
baulichen Nutzung" (Großenohl); Aufstellungsbeschluss und Beschluss über
die Planungsziele
Vorlage: 03194/2017
- TOP 5 Bebauungsplan Nr. 298 "Dieringhausen - Goethestraße" (beschleunigtes
Verfahren) Offenlagebeschluss
Vorlage: 03203/2017
- TOP 6 Widmung der Stichstraße abzweigend von der Vollmerhauser Straße (neben
Autoteile Unger/hinter Toom-Markt) in Gummersbach-Vollmerhausen
Vorlage: 03135/2017
- TOP 7 Sanierungsmaßnahme L-321 Im Tal, Strombach
Vorlage: 03204/2017
- TOP 8 Anlage eines Minikreisverkehrsplatzes
Vorlage: 03205/2017
- TOP 9 Umbau Bushaltestellen "Rathaus", "Hahnenkroh" und "Hesselbach"
Vorlage: 03207/2017
- TOP 10 Mitteilung der Verwaltung über eine beabsichtigte Verkehrserhebung und
Überprüfung der Lichtsignalsteuerungen im Bereich Innenstadt
(ohne Vorlage)
- TOP 11 Bericht über die am 28.03.2017 erfolgte Anliegerversammlung
Straßenbaumaßnahme "Am Schmittenberg"
(ohne Vorlage)
- TOP 12 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift der letzten Sitzung ist damit einstimmig genehmigt.

TOP 2

**Aufhebung der 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 "Bernberg"
Aufstellungsbeschluss und Beschluss des Planungsziels
Vorlage: 03193/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird in dem beigefügten Lageplan i.M. 1:2500 durch Umrandung gekennzeichneten Bereich die 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 „Bernberg“ aufgehoben.
2. Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Gummersbach nimmt das Plankonzept der Aufhebung der 6. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 „Bernberg“ zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Auszug: 9.1, 9.3

TOP 3

**Aufhebung der 17. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 "Bernberg"
Aufstellungsbeschluss und Beschluss des Planungsziels
Vorlage: 03192/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird in dem beigefügten Lageplan i.M. 1:2500 durch Umrandung gekennzeichneten Bereich die 17. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 „Bernberg“ aufgehoben.
2. Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Gummersbach nimmt das Plankonzept der Aufhebung der 17. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 10 „Bernberg“ zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Grundlage die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Auszug: 9.1, 9.3

TOP 4

Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung" (Großenohl); Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die Planungsziele

Vorlage: 03194/2017

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei Stimmenthaltung/en).

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

1. Gem. § 2 Abs. 1 BauGB wird in dem im beigefügten Lageplan i. M. 1:5000 durch Umrandung gekennzeichneten Bereich der Bebauungsplan Nr. 1 und 1a „Art und Maß der baulichen Nutzung“ (Großenohl) aufgehoben.
2. Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt das Plankonzept der Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 1 und 1a „Art und Maß der baulichen Nutzung“ (Großenohl) zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Auszug: 9.1, 9.3

TOP 5

Bebauungsplan Nr. 298 "Dieringhausen - Goethestraße" (beschleunigtes Verfahren) Offenlagebeschluss

Vorlage: 03203/2017

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

1. Für den Bebauungsplan Nr. 298 „Dieringhausen - Goethestraße“ wird festgelegt, dass die Ermittlung der Belange für die Abwägung wie folgt durchgeführt wird:
 - Die Ermittlung der Versickerungsfähigkeit des Bodens wird gutachterlich ermittelt.
 - Es wird eine artenschutzrechtliche Vorprüfung erstellt.
2. Der Bebauungsplan Nr. 298 „Dieringhausen – Goethestraße“ wird mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
3. Die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingeholt.

Auszug: 9.1, 9.3

TOP 6**Widmung der Stichstraße abzweigend von der Vollmerhauser Straße (neben Autoteile Unger/hinter Toom-Markt) in Gummersbach-Vollmerhausen****Vorlage: 03135/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt folgende

Widmungsverfügung

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) vom 23.09.1995 (GV. NRW. S. 1028/SGV. NRW. 91, ber. in GV. NRW. 1996, S. 81, S. 141, S. 216, S. 355) in der zur Zeit geltenden Fassung, wird ein Teilstück der Stichstraße abzweigend von der Vollmerhauser Straße (neben Autoteile Unger/hinter Toom-Markt) in Gummersbach-Vollmerhausen als Gemeindestraße im Sinne des § 3 Abs. 4 Ziffer 2 StrWG NRW für den uneingeschränkten öffentlichen Verkehr gewidmet. Der Geltungsbereich der Widmung ist im beigefügten Lageplan Nr. 1 durch Schraffur gekennzeichnet.
2. Der Gemeingebrauch für die Straße wird auf die nach der Straßenverkehrsordnung zulässigen Benutzungsarten beschränkt.
3. Die Wirkung der Widmungsverfügung beginnt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Widmungsverfügung kann innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntmachung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln schriftlich oder in elektronischer Form nach Maßgabe der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den Verwaltungsgerichten und den Finanzgerichten im Lande Nordrhein-Westfalen (ERVVO VG/FG) vom 07.11.2012 (GV. NRW. S. 548) in der geltenden Fassung einzureichen oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären. Bei schriftlicher Klageerhebung ist die Rechtsbehelfsfrist nur gewahrt, wenn die Klageschrift vor Ablauf der Monatsfrist bei Gericht eingegangen ist.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Die Klage muss den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden. Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, dass alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Hinweise:

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

1. Der Lageplan im Original, in dem die zu widmende Stichstraße in Gummersbach-Vollmerhausen gekennzeichnet ist, kann im Rathaus der Stadt Gummersbach, Rathausplatz 1, Zimmer 329, in der Zeit von montags bis freitags vormittags von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr sowie donnerstags nachmittags von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr eingesehen werden.
2. Durch die Bürokratieabbaugesetze I und II ist das allgemein bekannte – bisher einer Klage vorgeschaltete – Widerspruchsverfahren abgeschafft worden. Zur Vermeidung unnötiger Prozesskosten kann es vor Erhebung einer Klage sinnvoll sein, sich zunächst mit dem zuständigen Sachbearbeiter in Verbindung zu setzen. In vielen Fällen können so Unstimmigkeiten oder Unklarheiten bereits im Vorfeld einer Klage sicher behoben werden. Die Klagefrist wird durch ein derartiges Vorgehen allerdings nicht verlängert.

Auszug: 8, 9.1, 9.3

TOP 7**Sanierungsmaßnahme L-321 Im Tal, Strombach****Vorlage: 03204/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Planung zur Sanierung der Landesstraße 321 "Im Tal" in der Ortsdurchfahrt Strombach zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und über das Ergebnis zu berichten.

Auszug: 9.2

TOP 8**Anlage eines Minikreisverkehrsplatzes****Vorlage: 03205/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Planung zum Bau eines Minikreisverkehrsplatzes zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, einen Zuschussantrag zur Förderung der durchzuführenden Baumaßnahme aufzustellen.

Auszug: 9.2

TOP 9**Umbau Bushaltestellen "Rathaus", "Hahnenkroh" und "Hesselbach"****Vorlage: 03207/2017**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss beschließt den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen „Rathaus“, „Hahnenkroh“ und „Hesselbach“.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Förderanträge beim Zuschussgeber zu stellen und die Baumaßnahmen durchzuführen.

Auszug: 9.2

TOP 10**Mitteilung der Verwaltung über eine beabsichtigte Verkehrserhebung und Überprüfung der Lichtsignalsteuerungen im Bereich Innenstadt (ohne Vorlage)**

Herr Winheller informiert den Ausschuss, dass sowohl am kommenden Wochenende als auch nächste Woche Donnerstag eine Verkehrserhebung mittels Kameras im Innenstadtbereich (bis zum Knotenpunkt Reininghauser Str./ Moltkestraße und im Bereich Stadtring) durchgeführt werden soll, um die Verkehrsmengen festzustellen. Darüber hinaus soll auch eine Optimierung der Lichtsignalsteuerungen erfolgen, da die Ampelschaltungen sehr alt sind. In diesem Jahr wird daher zunächst eine Bestandsanalyse gemacht, um zu sehen, wo man etwas verbessern kann, insbesondere auch im Hinblick auf die Fußgänger.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Auszug: 9.2

TOP 11**Bericht über die am 28.03.2017 erfolgte Anliegerversammlung Straßenbaumaßnahme "Am Schmittenberg" (ohne Vorlage)**

Herr Winheller berichtet kurz über die zweite Anliegerversammlung am 28.03.2017 zur Kanalsanierungs- und Straßenbaumaßnahme in der Straße „Am Schmittenberg“ in Gummersbach – Elbach. Er führt aus, dass unter anderem das Thema der Internetversorgung (insbesondere Glasfaserkabel) noch einmal angesprochen wurde. Da diese Frage jedoch noch nicht abschließend geklärt ist, konnte den Anwohnern diesbezüglich noch nichts Endgültiges gesagt werden. Herr Winheller führt aus, dass man die Anwohner aber nach Klärung entsprechend informieren wird.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Einige Ausschussmitglieder fragen in diesem Zusammenhang noch einmal nach dem neuen Verfahren, bei dem die Straße nur 4-12 cm tief aufgefräst werden soll und dann das Glasfaserkabel reingelegt wird, und dessen Verträglichkeit mit dem Straßenbau und ob es bereits Erfahrungsberichte hierüber gibt.

Herr Hefner erklärt, dass dieses Verfahren von der „Deutschen Glasfaser“ angewandt wird, allerdings auch nicht ausschließlich, sondern nur in Teilbereichen. Ansonsten versuche man, eine verträgliche Lösung zu finden. Ob die „Deutsche Glasfaser“ bei dem zur Zeit in Vorbereitung befindlichen Ausschreibungsverfahren zum Zuge kommt, ist noch offen. Zu dem angesprochenen Verlegeverfahren soll wohl demnächst auch eine Informationsveranstaltung stattfinden, nach der Herr Hefner sich erhofft, hierüber mehr berichten zu können. Da diese neuen Verfahren auch im TKG geregelt sein werden, führt Herr Hefner aus, dass man hier keine große Möglichkeit der Einflussnahme haben wird. Die Ausschreibung des Paketes erfolge jetzt zunächst über den Oberbergischen Kreis. Dann werde man weiter sehen.

Auf Anregung von Frau Stv. Auerswald soll im Ausschuss darüber berichtet werden, wenn nähere Erkenntnisse hierüber vorliegen.

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Auszug:9.2, 8

TOP 12 Mitteilungen

12.1 Sozialer Fahrdienst „Dieringhausen – Mobil“

Herr Winheller berichtet, dass im Bereich Dieringhausen ein sozialer Fahrdienst eingerichtet werden soll. Hier haben bereits rund 30 Leute ihre Bereitschaft zum Mitwirken erklärt. Am 11.04.2017 soll hierzu ein Workshop statt finden, an dem 11 Leute teilnehmen wollen. Herr Winheller führt aus, dass man ein Ingenieurbüro mit der Begleitung dieses Projektes beauftragen will. Angedacht ist hier ein sog. Car-Sharing eventuell auch mit Elektroautos. Auch der Inhaber eines dort ansässigen Pflegedienstes will sich hier engagieren und sich unter Umständen mit seinen Fahrzeugen dort einbringen.

12.2 Verbesserung Verkehrssicherheit „Lindengymnasium“

Herr Winheller informiert den Ausschuss, dass die Verkehrszustände am Lindengymnasium durch die Bring- und Abholverkehre sehr kritisch sind. Hier hat wohl die Schule vorgeschlagen, eine Parkzone einzurichten. Herr Hefner führt weiter aus, dass man diese Angelegenheit nunmehr aufbereiten wolle. Hierzu habe auch bereits ein erstes Gespräch mit Herrn Leven stattgefunden. Dieser hat vorgeschlagen, hier zunächst einen Workshop mit der Schule zu veranstalten, in dem die Fragen „Wie kommen wir heute zur Schule?“, „Wo sind die Probleme?“, „Wo kann man etwas verbessern?“ und „Thema Radfahrer“ beleuchtet und diskutiert werden sollen. Daher will die Verwaltung hier eine Beauftragung über 6.000 € an das Büro Leven erteilen, wobei hierfür auch eine Förderung über 40% in Aussicht steht.

Herr Winheller erläutert, dass Herr Leven dann eine Online-Befragung mit den Schülern der Schule (10 bis 11-Jährige) durchführen wird, in der ihr Verkehrsverhalten mittels Fragebogen dargestellt werden soll. Diese werden dann ausgewertet und anschließend

gemeinsam mit der Schule analysiert. Wichtig sei hierbei, dass diejenigen schon vorher mit eingebunden werden, die später auch ihr Verhalten ändern sollen.

Herr Hefner ergänzt, dass hier der Weg über die Schüler an die Eltern wichtig sei.

12.3 Bereisung Stadtgebiet durch den Ausschuss

Herr Stv. Jansen informiert die Ausschussmitglieder, dass im Aufsichtsrat der Entwicklungsgesellschaft vorgeschlagen wurde, nochmals gemeinsam mit dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss der Stadt eine Bereisung des Stadtgebietes vorzunehmen, um zu sehen, wo man in Gummersbach noch bauen kann und wo und was bereits vorhanden ist. Dieser Termin soll noch vor den Sommerferien stattfinden.

Auszug:9.1, 9.2

gez.
Jörg Jansen
Vorsitz

gez.
Jürgen Hefner
Techn. Beigeordneter

gez.
Alexandra Rüger
Schriftführung